

Medizin

## WHO-Report begründet Forderung nach Zuckersteuer und Subventionen

Mittwoch, 12. Oktober 2016

ff     

dpa

Genf – Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) begründet ihre Forderung nach einer „Zuckersteuer“ in einem Report mit den Erfahrungen, die verschiedene Länder mit gesetzlichen Initiativen gemacht haben. Die zusätzlichen Einnahmen sollten am besten in die Subvention von gesunden Grundnahrungsmitteln investiert werden, heißt es in dem Report „Fiscal Policies for Diet and Prevention of Noncommunicable Diseases“.

Das Problem ist bekannt. Im Jahr 2014 waren 39 Prozent der Erwachsenen übergewichtig, also mehr als ein Drittel. Die weltweite Prävalenz der Adipositas hat sich zwischen 1980 und 2014 mehr als verdoppelt. Etwa 11 Prozent der Männer und 15 Prozent der Frauen sind fettleibig. Das sind weltweit mehr als eine halbe Milliarde Erwachsene. Hinzu kommen noch einmal schätzungsweise 42 Millionen Kinder unter 5 Jahren, die im Jahr 2015 übergewichtig oder fettleibig waren. Dies entspricht laut WHO einer Steigerung von rund 11 Millionen in den letzten 15 Jahren. Fast die Hälfte der übergewichtigen Kinder leben heute in Asien ein Viertel in Afrika.

Auch die Zahl der Diabetiker nimmt unaufhaltsam zu. Die WHO schätzt, dass es 2014 bereits 422 Millionen waren gegenüber 108 Millionen in 1980. Die Krankheit sei im Jahr 2012 allein für 1,5 Millionen Todesfälle verantwortlich gewesen.

Der steigende Zuckerkonsum ist nach Einschätzung der WHO für diese Entwicklung zumindest mitverantwortlich. Francesco Branca, der Leiter der Abteilung „Nutrition for Health and Development“ der WHO, erinnert daran, dass raffiniertes Zucker für die Ernährung eines Menschen eigentlich nicht notwendig ist. Die notwendigen Kohlenhydrate kann der Mensch auch über Stärke und andere Mehrfachzucker aufnehmen.

Um den Konsum zu senken, schlägt die WHO eine Steuer vor, die den Preis von zuckerhaltigen Süßgetränken um 20 Prozent oder mehr erhöht. Gleichzeitig könnte der Preis für frisches Obst und Gemüse durch Subventionen um 10 bis 30 Prozent gesenkt werden. Als Beleg führt der Report eine eigene Meta-Analyse von 11 systematischen Übersichten an, die aber noch nicht veröffentlicht wurde.

Der Report verweist auf die Erfahrungen, die in einzelnen Ländern mit einer Konsumsteuer erzielt wurden. Als positive Beispiele werden Mexiko und Ungarn genannt. Mexiko hatte 2012 den weltweit höchsten Pro-Kopf-Konsum von Süßgetränken (160 Liter/Jahr). Insgesamt 71 Prozent des mit der Nahrung zugeführten Zuckers entfiel auf Süßgetränke. Seit Januar 2014 gibt es eine Steuer von 1 Peso für jedes verkaufte nicht-alkoholische Süßgetränk, was die Getränke um etwa 10 Prozent verteuerte.

Hinzu kommt noch einmal ein Aufschlag auf die Mehrwertsteuer von 8 Prozent auf alle nicht-lebensnotwendigen Nahrungsmittel, die mehr als 175 Kalorien pro 100 Gramm enthalten. Erste Untersuchungen haben laut WHO gezeigt, dass der Verkauf der besteuerten Getränke im ersten Jahr um 6 Prozent zurückgegangen ist, wobei der Rückgang sich bis Dezember auf 12 Prozent erhöht habe.

In Ungarn gibt es seit 2011 eine „Gesundheitssteuer“ auf Süßgetränke und Snacks. Die Steuer ist umstritten. Kritiker glauben, dass sie nur die Staatskassen füllen soll, da die Preise für die einzelnen Produkte nur gering angestiegen sind. Die WHO vertraut allerdings einer Evaluierung ungarischer Behörden, nach denen 26 bis 32 Prozent der Verbraucher ihren Konsum der besteuerten Produkte vermindert haben. Viele hätten dies allerdings nicht aufgrund des erhöhten Preises gemacht, sondern weil sie die Steuer auf die gesundheitlichen Bedenken aufmerksam gemacht habe. Aus Sicht des WHO-Reports hat die Steuer jedenfalls ihren Zweck erreicht.

Auch in Finnland gibt es eine Steuer auf Süßigkeiten, die allerdings gering ausfällt. Für Eis und Süßigkeiten beträgt sie derzeit 0,95 Euro pro kg, zuckerhaltige Getränke werden mit 0,22 Euro pro Liter belegt (zuckerfreie Getränke sind mit 0,11 Euro pro Liter besteuert). Der Staat nimmt auch Einfluss auf die Zusammensetzung des kostenlosen Mensaessens in Schulen und

an Universitäten. Ob die Maßnahmen wirken, ist laut WHO nicht sicher, es gebe aber Hinweise, dass der Verbrauch von nicht-alkoholischen Getränken und Süßigkeiten zurückgegangen ist.

Laut WHO haben auch die Philippinen, Südafrika und Großbritannien angekündigt, dass sie Steuern auf zuckerhaltige Getränke einführen wollen. Als Negativbeispiel wird Ägypten genannt. Dort sei es der Industrielobby gelungen, die Mehrwertsteuer auf kohlenstoffhaltige Getränke (denen oft Zucker zugesetzt wird) von 50 und 60 Prozent auf 25 Prozent zu senken.

Eine Warnung, dass eine Strafsteuer auf ungesunde Nahrungsmittel nicht unbedingt beliebt ist, ist für die WHO Dänemark. Dort wurde im Januar 2013 eine im Oktober 2011 eingeführte Steuer auf gesättigte Fette in Höhe von 16 Kronen/kg (ca. 2,15 €) wieder abgeschafft.

©